

AUSGABE VOM 02. DEZEMBER 2022

„Klima-Aktivisten“: Straftaten konsequent ahnden

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann begrüßt, dass die am Freitag in München zu Ende gegangene Innenministerkonferenz sich ein umfassendes Lagebild über die Aktionen von „Klima-Aktivisten“ verschaffen und Straftaten aus der Szene konsequent bekämpfen will. Die Gruppe „Letzte Generation“, die zuletzt den Hauptstadtflughafen zeitweise blockierte, hat verstärkte Störaktionen angekündigt. Es sei daher richtig, die Netzwerke von Klimaaktivisten zu untersuchen, um Straftaten zu verhindern, so der Unions-Innenexperte. „Der Zweck heiligt auch im Klimaschutz nicht die Mittel!“, so Breilmann: „Das bewusste Begehen von Straftaten, um maximale Aufmerksamkeit zu erregen, ist kein legitimes Protestmittel in unserer Demokratie. Wir werden alle Taten ahnden und auch präventive Maßnahmen ergreifen.“

Bundesregierung stellt nationale Antisemitismus-Strategie vor

Das Bundeskabinett hat eine nationale Strategie gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens in Deutschland beschlossen. Die Bekämpfung von Hass auf Juden sei angesichts eines stetigen Anstiegs antisemitischer Vorfälle dringlicher denn je, sagte der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, bei der Vorstellung des [Papiers](#) am Mittwoch in Berlin. Mit der Strategie setzt Deutschland eine Vorgabe der EU-Kommission um. Sie hatte alle Mitgliedstaaten aufgefordert, bis Jahresende solche Pläne vorzulegen. Der israelische Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, hat unterdessen einen beunruhigenden Antisemitismus auch aus dem linken politischen Spektrum beklagt. In einem Gastbeitrag für die Tageszeitung „Die Welt“ nannte er die Kunstaussstellung Documenta 15 in Kassel als Beispiel.



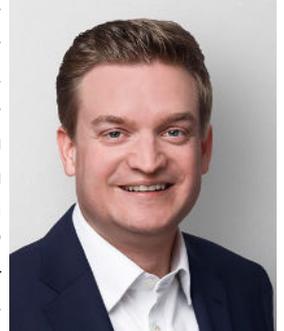
„Konkrete Taten sind die beste Strategie“: Auch die ARD-Tagesschau berichtet in ihrer [20-Uhr-Hauptausgabe](#) am Mittwoch über die Stellungnahme von MdB Michael Breilmann. (Foto: Privat)

Ein Jahr nach der Initialzündung durch die EU-Kommission falle die nationale Umsetzung der Antisemitismusstrategie leider unkonkret aus, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann, Sprecher für Antisemitismusbekämpfung der CDU/CSU-Fraktion. Grundsätzlich sei es wichtig und richtig, dass das Thema Judenhass damit in seiner Ernsthaftigkeit, seiner Bedeutung erkannt und benannt wurde und die Bekämpfung damit als politischer Schwerpunkt gesetzt ist. „Aber das offensichtliche Problem ist, dass es nun auf die konkreten Maßnahmen ankommt: Was wird wo finanziell, personell und konzeptionell erfolgen, um den durch die Strategie

gesetzten Rahmen mit Inhalt zu füllen, der das konkrete Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher und für die Zukunft gesichert macht und sie nach 1700 Jahren integraler Bestandteil der Gesellschaft sein lässt? Die Bundesregierung hätte hier im Haushalt bereits Zeichen setzen können und müssen. Es besteht kein Erkenntnis- sondern ein Vollzugsdefizit. Wir brauchen angesichts der Herausforderungen einen zielgenauen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen. „Handeln ist gefragt“, so der CDU-Politiker. Es gelte Straftaten konsequenter als bisher zu ahnden und keine Veranstaltungen mit Steuermitteln zu finanzieren, die Antisemitismus propagierten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

wer steckt hinter den ausgeführten bzw. geplanten Anschlägen gegen Synagogen in Essen, Bochum und Dortmund? Führt die Spur nach Iran? Hinter den Angriffen auf Synagogen in Nordrhein-Westfalen Mitte November sollen die iranischen Revolutionsgarden stehen, das berichtete jetzt ein ARD-Magazin. Ein schlimmer Verdacht, viele offene Fragen, ich habe als Innenpolitiker den Sachverhalt daher für die CDU/CSU bereits in der letzten Sitzungswoche auf die Tagesordnung des Innenausschusses setzen lassen um dort die Bundesregierung zu befragen und Licht ins Dunkel zu bringen. Leider hatte die Ampel-Koalition, mit ihrer Mehrheit absolute Herrin des Verfahrens und der Tagesordnung, bisher scheinbar wenig Interesse an solchen Fragestellungen, die Anfragen der Opposition werden, wie auch in diesem Fall, im Innenausschuss aus „Zeitmangel“ oft schlicht nicht behandelt, andere Punkte vorgezogen; so geschehen in dieser Woche. Ich unternehme einen erneuten Versuch, denn es steht die letzte reguläre Sitzung in diesem Jahr an. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesen gefährlichen Vorfällen? Als zuständiger Sprecher meiner Fraktion habe ich dazu erneut einen Bericht der Regierung erbeten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser wird am 14. Dezember persönlich im Innenausschuss sein. Ich hoffe, dass wir als Parlamentarier Antworten erhalten.



Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Einbürgerung: Lohn für erfolgreiche Integration

Die deutsche Staatsbürgerschaft ist für die Unionsfraktion ein hohes Gut. In einer aktuellen Stunde des Bundestages äußerten Abgeordnete der CDU/CSU sich am Donnerstag kritisch über die Pläne der Ampel-Koalition, die Fristen für die Einbürgerung von Ausländern zu verkürzen und den Doppelpass zur Regel zu erklären. Die Ampel-Koalition plant, eine Einbürgerung schon nach fünf statt nach acht Jahren zu ermöglichen. Bei besonderer Integrationsleistung sollen Ausländer bereits nach drei Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können. „So kurze Fristen widersprechen aus unserer Sicht dem Prinzip, dass die Einbürgerung die erfolgreiche Beendigung eines Integrationsprozesses sein sollte“, so CDU-MdB Michael Breilmann. „Integration braucht Zeit, und sie sollte nachhaltig sein. Sie sollte am Ende mit der Einbürgerung belohnt werden. Ein generelles Zulassen der doppelten Staatsbürgerschaft wird den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land nicht stärken, sondern schwächen. Der deutsche Pass soll Ansporn für Integrationsleistung sein und kein Dokument zur freihändigen Vergabe werden.“

Regionale Rohstoffsicherung im Blickpunkt



Daniel Duric, Werkleiter der Quarzwerke in Haltern am See, Lukas Eichstedt, Assistent der dortigen Werk- und Betriebsleitung, Markus Schramm, Leiter der Energieeffizienz und CO₂-Optimierung der Halterner Quarzwerke (v.l.n.r) waren am Montag zu Gast bei CDU-MdB Michael Breilmann im Bundestag. Zusammen mit CDU-MdB Tilman Kuban, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, diskutierten sie über aktuelle Herausforderungen für Rohstoffunternehmen. „Die Quarzwerke haben im Silbersee III in Haltern Deutschlands größte schwimmende Photovoltaikanlage errichtet. Es ist toll zu sehen, dass unser Kreis Recklinghausen Unternehmen hat, die sich derart für die Umstellung auf regenerative Energien einsetzen und diese voranbringen. Vielen Dank für den interessanten Austausch!“, so Breilmann. (Bild: Privat)

Bündnis für bezahlbaren Wohnraum ist gescheitert

17 Verbände und Kammern haben am Freitag in Berlin auf die dramatische Lage im Wohnungsbau hingewiesen und in einem gemeinsamen Appell einen neuen, entschiedenen Kraftakt gefordert, um die Herausforderungen meistern zu können. Für CDU-MdB und Bauausschussmitglied Michael Breilmann ist der Appell ein Armutszeugnis für die Bundesbauministerin: „Der Appell aller wesentlichen Verbände und Kammern der Wohnungswirtschaft ist ein alarmierender Weckruf, der zeigt, dass das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum von Bauministerin Geywitz krachend gescheitert ist. Nur sechs Wochen nach der Präsentation der Ergebnisse wird nach einem ‚neuen, entschiedenen Kraftakt‘ gerufen. Die Ampel hatte nicht den Mut für wirklich mutige Schritte, um das Bauen schneller und kostengünstiger zu machen - das rächt sich jetzt. Ministerin Geywitz gelingt es nicht, sich im Kabinett gegenüber Wirtschaftsminister Habeck und die Ideologie aus seinem Hause durchzusetzen. Immer höhere Baustandards und ständig neue Eingriffe stellen die Wirtschaftlichkeit des Bauens infrage. Wir brauchen jetzt dringend eine auskömmliche und verlässliche Förderkulisse, sonst bricht der jetzt schon taumelnde Wohnungsbau gänzlich in sich zusammen.“

Keine Erbschaftsteuererhöhung durch die Hintertür

Der Bundestag hat am Freitag Steueränderungen beschlossen. Darin gibt es auch Änderungen, die auf Steuererhöhungen hinauslaufen - etwa mit dem Bewertungsgesetz, mit dem die Ampel eine massive Erhöhung der Erbschaftsteuer umsetzt. „Damit reiht sich nun auch die FDP von Finanzminister Christian Lindner in die Reihe der Steuererhöher ein und bricht damit ein zentrales Wahlversprechen. Die Liberalen hatten Steuererhöhungen immer ausgeschlossen“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Die Ampel will mit dem Jahressteuergesetz 2022 die Grundlagen zur steuerlichen Wertermittlung von Immobilien und Grundstücken zum 1.1.2023 ändern. Das führt oft zu massiven Steuererhöhungen bei Vererbung oder Schenkung. Betroffen sind selbstgenutzte Wohnungen und Häuser, vermietete Objekte und auch Grundstücke. „Deshalb ist die Angst bei vielen Immobilienbesitzern auch in der Region berechtigterweise groß“, so Breilmann. Berechnungen zufolge könnten Erbschaft- oder Schenkungssteuer mit der neuen Methode zur Wertermittlung fünf bis sechsmal höher ausfallen als bisher. „Das lehnen wir ab. Wir brauchen hohe Freibeträge, damit keine Erbschaftsteuer beim Übergang von Immobilien stattfindet“, so das Bauausschussmitglied. Dazu hatte die CDU/CSU einen [Antrag](#) eingebracht.

Impressum:

Ausgabe Nr. 20 der 20. Wahlperiode

02. Dezember 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häbeler